Abendblatt.de
FRAGE DES TAGES & QUOTEN

Am Dienstag haben wir Sie gefragt:

Finden Sie es richtig, dass die Polizei mit 104 Fotos nach mutmaßlichen G-20-Krawallmachern fahndet?

Das Ergebnis:

Ja	▼ Nein
84 %	16 %

Abgestimmt haben 5836 Leser,
Stand: 18 Uhr.

Die neue Frage:

Finden Sie es richtig, dass eine Lüneburger Schule die Weihnachtsfeier auf die unterrichtsfreie Zeit am Nachmittag verlegt, weil eine muslimische Schülerin sagte, die christlichen Weihnachtslieder seien mit ihrem Glauben nicht vereinbar?
Stimmen Sie ab, und debattieren Sie mit uns auf Abendblatt.de/frage-des-tages

Top-Hamburg-Klicks vom Dienstag, 18 Uhr:

1. Feuerwehreinsatz am Hauptbahnhof führt zu S-Bahn-Chaos
2. Nachlöscharbeiten in Penthouse noch immer nicht beendet
3. Kritiker nennen G-20-Fahndung stigmatisierend
4. Hamburg öffnet gesetzliche Krankenversicherung
5. Gestohlener Gutschein: Frauen machen Luxus-Urlaub in Reinbek

So erreichen Sie das Abendblatt

Liebe Leserinnen und Leser, das Hamburger Abendblatt finden Sie am Großen Burstah in unmittelbarer Nähe zum Rathaus .
Die Postanschrift lautet:
Hamburger Abendblatt
20445 Hamburg
Telefonisch erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer 040/55 44-71031.
Alle Ressorts erreichen Sie unter 040/55 44-71171.
Faxe für die Redaktion senden Sie an die Nummer 040/55 44-71808.
E-Mails an die Redaktion senden Sie an briefe@abendblatt.de
Den Kundenservice erreichen Sie unter der Telefonnummer 040/55 44 -71700, Mo–Fr 6–18 Uhr und Sa/So 6–14 Uhr.
Die Fax-Nummer des Kundenservices ist die 040/55 44-71703.

SPRECHEN SIE HAMBURGISCH?

belatschern überreden. „Ich hab mich wieder mal *belatschern* lassen.“ Das bedeutet, dass ich mich habe überreden lassen für eine Sache, die ich eigentlich gar nicht wollte. „Lass dich nicht vom Verkäufer belatschern, wenn dir die Ware nicht gefällt!“
Mit freundlichen Grüßen
Heidrun Brennert, Farmsen-Berne

Vorschläge und Anmerkungen zur Serie senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse hamburgisch@t-online.de (Betreff: Hamburgisch)

Halten den Antrag in den Händen: Schulsenator Ties Rabe (SPD, v. l.), Barbara Duden (SPD), SPD-Fraktionschef Andreas Dressel, Grünen-Fraktionschef Anjes Tjarks, Stefanie von Berg (Grüne) und die Vertrauensleute der Volksinitiative Pit Katzer, Maik Findeisen und Sylvia Wehde am Dienstag im Rathaus Marcelo Hernandez

295 neue Lehrerstellen für Inklusion

SPD und Grüne einigen sich mit Volksinitiative. **Zusätzlich 100 Millionen Euro** für barrierefreie Schulen

MARC HASSE

HAMBURG :: Seit August hatten beide Seiten um einen Kompromiss gerungen, nun ist er da: Hamburg soll bis 2023 insgesamt 295 zusätzliche Lehrerstellen für die Inklusion schaffen. Weil von diesen Mitteln auch Sozialpädagogen und Erzieher bezahlt werden sollen, die weniger verdienen als Lehrer, werden tatsächlich etwas mehr als 300 zusätzliche Stellen entstehen. Außerdem sollen in den nächsten zehn Jahren mindestens 100 Millionen für barrierefreie Schulen investiert werden.

Darauf haben sich die Fraktionen von SPD und Grünen mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ geeinigt. Ein Antrag dazu soll heute in die Bürgerschaft eingebracht werden. „Wir gehen davon aus, dass wir eine breite Zustimmung bekommen“, sagte SPD-Fraktionschef Andreas Dressel. Ein Volksentscheid wäre damit abgewendet.

Die personelle Aufstockung soll 2018 beginnen und in diesem Jahr fünf Millionen Euro kosten. Mit dem Abschluss des Projekts sollen die Maßnahmen ab 2023 dann 25 Millionen Euro pro Jahr kosten.

Die genannten Maßnahmen sind Teil eines Pakets mit 20 Punkten, das die Spitzen der Fraktionen und die Vertrauensleute der Volksinitiative am Dienstag im Rathaus vorstellten. „Das bedeutet eine Entlastung für viele Schulen“, sagte SPD-Fraktionschef Andreas Dressel. Er sprach allerdings auch von „langen und schwierigen Verhandlungen“. Was da verabredet wurde, sei „ein ganz großer Schluck aus der Pulle“ und „finanzpolitisch an der Grenze des Machbaren“, sagte Dressel.

Die Volksinitiative hatte zunächst 600 bis 650 zusätzliche Lehrer für die Inklusion gefordert. „Insofern waren auch wir an der Schmerzgrenze“, sagte Vertrauensmann Pit Katzer. Wäre es doch zu einem Volksentscheid gekommen, wäre eine Verbesserung an den Schulen allerdings frühestens in dreieinhalb Jahren möglich gewesen, sagte er. Die Umsetzung der jetzt erreichten Einigung werde früher zu „spürbaren Verbesserungen der Rahmenbedingungen für eine gute Inklusion führen“.

> *Was wir verabredet haben, ist finanzpolitisch an der Grenze des Machbaren*
>
> **Andreas Dressel, Vorsitzender der SPD-Fraktion**

Zu den wichtigsten Maßnahmen des 20-Punkte-Plans zählt etwa, dass 200 zusätzliche Lehrer für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache oder emotional-soziale Entwicklung (LSE) eingestellt werden sollen. Dieser Aufwuchs soll 2018 in den Vorschulklassen und den Klassen 1 und 5 beginnen. Derzeit sind dafür 800 Lehrer im Einsatz.

Schüler mit Behinderungen sollen künftig stärker gefördert werden. Unter der Bedingung, dass rechnerisch mindestens drei Kinder mit Behinderungen in einer Klasse in jeder Jahrgangsstufe sind, soll der Unterricht durchgängig mit zwei Lehrern besetzt werden. Hierfür sollen ab dem Schuljahr 2018/2019 bis zu 70 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden.

Allgemeinbildende Schulen, die mindestens fünf Schüler mit dem Förderschwerpunkt körperlich-motorische Entwicklung haben, erhalten künftig genauso viele Therapie- und Pflegestunden wie Sonderschulen. Die dafür vorgesehenen Mittel entsprechen 24,7 Lehrerstellen. „Durch diese Maßnahme wird die Wahlfreiheit für Kinder mit Behinderungen verbessert, weil sie an den allgemeinbildenden Schulen genauso viel Therapie und Pflege erhalten wie an einer Sonderschule“, sagte Grünen-Fraktionschef Anjes Tjarks.

Mindestens 100 Millionen Euro sollen in den nächsten zehn Jahren für barrierefreie Schulen investiert werden, davon mindestens 35 Millionen für Umbaumaßnahmen zwischen 2018 und 2023 in bestehenden Gebäuden.

FDP: Nicht nur mehr Geld, sondern auch Konzepte nötig

Birgit Stöver von der CDU-Fraktion sprach von einem „guten Ergebnis für alle Hamburger Schüler, Lehrer und Eltern“. Allerdings: „Wieder einmal wird deutlich, dass der bisherige Weg von Rot-Grün auf Sparflamme gescheitert ist. Erst mit Hilferufen aus der Bevölkerung und auf Druck der Volksinitiative kommt Bewegung in die Inklusion.“

Linken-Politikerin Sabine Boeddinghaus dankte den Initiatoren der Volksinitiative. „Es ist ihnen gelungen, die Inklusion als zentrales gesellschaftliches Projekt ganz oben auf die politische Agenda zu setzen.“

Auch die FDP begrüßte die Einigung. Eine gelungene Inklusion erfordere allerdings auch gute Konzepte, sagte FDP-Politikerin Anna von Treuenfels-Frowein. „Mehr Lehrerfortbildung, Erhaltung der Förderschulen und differenzierte Lerngruppen sind dringend nötig. Diese Punkte erkennen wir in der heutigen Einigung nicht.“

Konsul des Jahres – Hamburger vertritt Tadschikistan

Kourosh Pourkian (65) setzt sich für Belange des kleinsten zentralasiatischen Landes ein

HAMBURG :: Erst seit vier Jahren im Amt und schon mit höchsten Würden ausgezeichnet: Kourosh Pourkian (65), Hamburger Unternehmer und Honorarkonsul von Tadschikistan, ist vom „Diplomatischen Magazin“ in Berlin zum Konsul des Jahres ernannt worden.

„Herr Pourkian ist in Teheran geboren und hat lange in Deutschland gelebt. Neben seiner Liebe zu seiner Heimat und zu Deutschland hat er in seinem Herzen auch noch Platz für Tadschikistan gefunden“, sagte Tadschikistans Botschafter Maliksho Nematov in seiner Laudatio. Als Zeichen der Anerkennung legte er dem Preisträger eine Nationaltracht an. Der mit Gold verzierte Chapan soll nicht nur vor Kälte, sondern auch vor bösen Geistern schützen.

Kourosh Pourkian kam als 22-Jähriger nach Deutschland, ließ sich in Hamburg zum Diplom-Kaufmann mit Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik und Industrie ausbilden und arbeitet heute als Unternehmensberater mit eigener Firma, der Pourkian Group. Er ist mit der Lübecker Honorarkonsulin von Norwegen Petra Baader verheiratet und hat mit ihr drei Kinder.

Am 30. September 2013 erhielt Pourkian sein Exequatur als Honorarkonsul von Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). Seitdem vertritt er das kleinste zentralasiatische Land in Hamburg und Schleswig-Holstein. „Die Auszeichnung gibt einen zusätzlichen Anstoß, den Brückenbau zwischen Tadschikistan und Deutschland zu intensivieren“, sagte Pourkian in seiner Dankesrede. Insbesondere das ambitionierte Motto „Wohlstand für alle“ liefere den idealen Rahmen für zukünftige Projekte.

„Seine Verdienste um das jährlich stattfindende Nowruz-Wirtschaftsforum und den Nowruz-Kulturempfang sind beide vorbildhaft für den wirtschaftlichen und kulturellen Brückenbau zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein und den Nowruz-Ländern“, betonte auch Irene Ernst, Herausgeberin des „Diplomatischen Magazins“. Nowruz heißt das Neujahrs- und Frühlingsfest im iranischen Kulturraum.

Zur Feier im Palazzo Berlin kamen Botschafter, Gesandte und Verteidigungsattachés aus mehr als 100 Ländern. Bei Akrobatik und Sterneküche feierten auch der Verleger Wolfgang E. Buss mit Gattin Silke Lange, Gerd-Winand Imeyer, Honorargeneralkonsul von Bulgarien, Bernd-Peter Holst, Vorsitzender der Freiwilligenbörse Hamburg, sowie Torsten Albig, Ministerpräsident a. D. von Schleswig-Holstein. (vfe)

Preisträger Kourosh Pourkian (M.), Herausgeberin Irene Ernst und Botschafter Maliksho Nematov Evelin Frerk

Hamburg prescht vor: Gesetzliche Krankenversicherung auch für Beamte

Die Hansestadt schreibe **„Sozialgeschichte“,** sagt der Bürgermeister. Opposition und Gewerkschaft kritisieren hingegen „Bürgerversicherung durch die Hintertür“

ANDREAS DEY UND
CHRISTOPH RYBARCZYK

HAMBURG :: Das ist eine kleine gesundheitspolitische Revolution: Als erstes Bundesland öffnet Hamburg die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für Beamte. Der rot-grüne Senat hat am Dienstag eine entsprechende Gesetzesänderung beschlossen. Sie sieht vor, dass Beamte, die sich gesetzlich versichern möchten, dafür eine pauschale Beihilfe seitens der Stadt erhalten – de facto übernimmt Hamburg dann den 50-Prozent-Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung. Die Regelung soll ab 1. August 2018 gelten und dürfte auch der bundesweiten Debatte um die von der SPD geforderte Bürgerversicherung neue Nahrung geben.

Bislang erhalten Beamte staatliche Beihilfe zu ihren Gesundheitskosten: Gegen Vorlage einer Rechnung erstattet die Stadt etwa 50 Prozent der Kosten. Um nicht auf der anderen Hälfte der Ausgaben sitzen zu bleiben, sind Beamte daher „faktisch gezwungen, sich ergänzend zur Beihilfe privat zu versichern“, so die Mitteilung des Senats. Denn in der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es diese Möglichkeit einer Teilversicherung nicht. Zwar konnten sich Beamte auch bislang freiwillig gesetzlich versichern, mussten die Beiträge dann aber in vollem Umfang selbst tragen. Das betrifft rund 2400 der etwa 40.000 Beamten in Hamburg. Insbesondere für sie und alle künftigen Beamten gelten die neuen Möglichkeiten.

„Mit der bundesweit einmaligen Regelung schreibt Hamburg Sozialgeschichte“, sagte Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). „Ein moderner Sozialstaat sichert alle gleichermaßen ab und grenzt niemanden aus. Hamburg leistet mit der Reform einen Beitrag, das Krankenversicherungssystem zu modernisieren und für mehr Wettbewerb zu sorgen. Wir wollen ein fairer Arbeitgeber sein, der nicht auf Kosten gesetzlich versicherter Beamter spart.“ Nach Angaben der Gesundheitsbehörde rechnet der Senat mit jährlichen Mehrkosten von rund 5,8 Millionen Euro, die jedoch langfristig durch niedrigere Kosten an anderer Stelle kompensiert würden.

Mit der Reform, die noch von der Bürgerschaft beschlossen werden muss, erhielten Beamte auch erstmals Zugang zur Familienmitversicherung und müssen bei Vorerkrankungen keine Risikozuschläge mehr zahlen, betonte Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD): „Die bisherige Regelung hat insbesondere Kinderreiche, Teilzeitbeschäftigte, chronisch Kranke oder Beamtinnen und Beamte mit Behinderung benachteiligt. Beamtinnen und Beamte können in Zukunft auf stabile Leistungen und Beiträge der GKV gerade im Alter vertrauen.“ Prüfer-Storcks betonte ferner, dass Vorerkrankungen nicht mehr automatisch zu höheren Beiträgen führten. „Hier richten sich die Beiträge nach Einkommen, nicht nach Risiko, und nicht erwerbstätige Familienmitglieder sind beitragsfrei mitversichert.“

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) Mark Sandten

Die Gesundheitssenatorin verhehlte nicht, dass die Hansestadt damit vorerst eine Insellösung schafft: „Hamburg legt vor.“ Sie setze sich aber dafür ein, dass die anderen Länder nachziehen.

Die neue Regelung richtet sich in erster Linie an künftige Beamte und an solche, die bereits gesetzlich versichert sind. Wer den neuen pauschalen Zuschuss der individuellen Beihilfe vorzieht, trifft damit eine endgültige Entscheidung. „Einen Wechsel zurück gibt es bei der Freien und Hansestadt Hamburg als Arbeitgeberin nicht“, betont der Senat in seiner Mitteilung. Damit wolle die Stadt „Optimierungsstrategien“ einen Riegel vorschieben, also Wechseln zwischen den Modellen ja nach Bedarf.

Die FDP-Fraktion in der Bürgerschaft kritisierte die Neuregelung: „Mit der pauschalisierten Beihilfe für Beamte startet Bürgermeister Olaf Scholz einen Testballon der Bürgerversicherung light“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin Jennyfer Dutschke. „Statt die Warnungen von Ärzten und Verbänden ernst zu nehmen, folgt Scholz ideologischer Gleichmacherei.“ Sie meldete auch rechtliche Bedenken an, denn Hamburg führe eine „einmalige Insellösung“ ein. „Beamte in der gesetzlichen Krankenversicherung haben beim Weggang aus Hamburg einen erheblichen Nachteil“, so Dutschke.

Auch der Deutsche Beamtenbund (dbb) sieht das neue Modell kritisch. „Wir lehnen den Gesetzentwurf in dieser Form kategorisch ab“, sagte der stellvertretende dbb-Landesvorsitzende Thomas Treff dem Abendblatt. „Das ist für uns der Versuch, die Bürgerversicherung durch die Hintertür einzuführen.“ Es sei völlig unklar, welche Folgen es für Beamte gebe, die aus Hamburg weggehen, und ob die neue Pauschale versteuert werden müsse. Der Senat behaupte, das sei nicht der Fall, der Beamtenbund sehe das anders, so Treff. Positiv sei hingegen, dass die Stadt bei den jetzt schon gesetzlich versicherten Beamten einen Arbeitgeberanteil übernehme.